



Juristischer Bereich
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Umwelt
Bundesamt

Koordinierung
Dr. Nadja Salzborn
(Umweltbundesamt)
Prof. Dr. Reimund
Schmidt-De Caluwe
(MLU Halle-Wittenberg)
Prof. Dr. Dirk Hanschel
(MLU Halle-Wittenberg)

Hinweise für Anwälte:
Die Veranstaltungen gelten
als Fortbildungsveranstaltungen
gem. § 15 FAO für Fachanwälte
im Verwaltungsrecht und
erfüllen die Voraussetzungen
zum Erlangen einer Fortbildungs-
bescheinigung des DAV

Weitere Informationen
zur Veranstaltungsreihe unter:
www.uppw.uni-halle.de

Kontakt:
Prof. Dr. Reimund
Schmidt-De Caluwe,
Juristischer Bereich der
Martin-Luther-Universität
Universitätsplatz 5
06108 Halle (Saale),
Telefon: +49 345 55-23138/9
Telefax: +49 345 55-27074
E-Mail: Reimund.Schmidt@jura.uni-halle.de

VORTRAGSREIHE

Umwelt- und Planungsrecht in Praxis und Wissenschaft

Sommersemester 2017

UPPW-Vortrag Nr. 38

Hörsaal XII, (Löwengebäude), Universitätsplatz

Dienstag, 6. Juni 2017, 16:00 – 18:00 Uhr

Prof. Dr. Ulrich Smeddinck, Braunschweig

Das neue Standortauswahlgesetz 2017

Noch gibt es kein Endlager für Atommüll in Deutschland. Allerdings ist der Startschuss für ein neues Verfahren zur Auswahl eines Standortes gefallen. Im Anschluss an den gesellschaftlichen Groß-Konflikt um die friedliche Nutzung der Kernenergie und das Scheitern des Endlager-Projekts in Gorleben hat der Gesetzgeber sich für ein völlig neuartiges rechtliches Herangehen entschieden:

Das Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle ist 2013 in Kraft getreten. Im Sommer 2016 hat auf seiner Grundlage die sog. Endlager-Kommission in ihrem Abschlussbericht nicht nur Grundsatzfragen beantwortet, sondern auch viele Empfehlungen zur Änderung des Standortauswahlgesetzes formuliert. Der Gesetzgeber hat im Frühjahr 2017 das Gesetz novelliert und viele der Vorschläge übernommen. Der Vortrag stellt die grundlegenden Regelungen sowie wichtige Neuerungen vor und spiegelt die rechtspolitische Entwicklung mit der gesellschaftlichen Konfliktsituation.

Apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck ist Co-Sprecher und Projektleiter im Rahmen der BMBF-geförderten, interdisziplinären Forschungsplattform „Entria-Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe“, stellv. Leiter des Instituts für Rechtswissenschaften an der TU Braunschweig sowie apl. Professor an der MLU Halle-Wittenberg. In der Forschung behandelt er Atom- und Umweltrecht, Gesetzgebung und Regulierung, Inter- und Transdisziplinarität.

Die Veranstaltungsreihe wird am 13. Juni 2017 mit dem Vortrag von Rechtsanwalt Moritz Grunow, Essen, zum Thema „Starkregenbeseitigung über Straßenflächen – rechtliche Verantwortlichkeit, Zuständigkeiten und Finanzierung“ fortgesetzt.